

Stadt Haan
Niederschrift über die
**15. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und
Controlling der Stadt Haan**
am Dienstag, dem 19.06.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:35

Vorsitz

Stv. Michael Ruppert

CDU-Fraktion

AM Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
AM Dr. Hermann Meier
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Uwe Elker
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführer

StAR Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Gerhard Titzer

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Krenzel

Gäste

Stv. Robert Abel

Stv. Reinhard Zipper

Der Vorsitzende Michael Ruppert eröffnet um 17:00 Uhr die 15. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

Vorsitzender Stv. Ruppert teilt mit, dass die Verwaltung um Streichung des TOP's 9 gebeten habe.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

2./ Personalkostenentwicklung

Übersicht Personalkosten mit Stand 31.03.2018

und weitere Personalkostenentwicklung im Haushaltsjahr 2018 ff.

Vorlage: 10/158/2018

Protokoll:

StOVR Titzer erläutert, dass die Vorlage zur Personalkostenentwicklung wegen des überraschend hohen Tarifabschlusses etwas ausführlicher sei. Des Weiteren weist er darauf hin, dass das Datum beim IST-Saldo nicht 31.01.2018 sondern 31.03.2018 lauten müsse.

Stv. Wetterau bedankt sich für die Ausführungen zu der Personalkostenentwicklung. Er bittet jedoch darum, die Entwicklung der Stellen im nächsten UAOPC darzustellen, da die Entwicklung der Personalkosten für sich betrachtet keine Erkenntnisse über eine Stellenausweitung der vergangenen Jahre zulassen.

Stv. Holberg fragt, ob die Tarifsteigerungen immer schon ab dem 01.01. eines Jahres berücksichtigt würden.

StOVR Titzer bestätigt dies, weil die Termine zu Tarifsteigerungen vorher nicht bekannt seien und diese Vorgehensweise am sichersten sei. Stv. Wetterau sagt er zu, die Stellenentwicklung ab Stellenplan 2015 im UAOPC darzustellen. Die jährlichen Auswirkungen auf den Stellenplan sind in der jeweiligen Stellenplanvorlage nach Stellenmehrung und -minderung dargestellt.

Vorsitzender Stv. Ruppert erkundigt sich nach der Personalkostenentwicklung in der OGS Don-Bosco nach Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt. Hierbei sei für ihn insbesondere von Bedeutung, wie sich die Personalaufwendungen in der Trägerschaft der Stadt zum Vergleich der Trägerschaft durch den SKFM darstellten.

1. Bgo. Formella erläutert, dass die ausgewiesenen und im Haushalt einzuplanenden Ist-Kosten/Basisstellen/Basisarbeitsverträge den Aufwendungen beim SKFM entsprechen und bisher über das Betriebskostenbudget eingeplant waren. Die positiven Finanzeffekte der Stadt Haan machen sich an den Overheadkosten fest, was in der Vergangenheit wiederholt zu Anträgen auf Defizitausgleich geführt habe. Die finanziellen Auswirkungen, bezogen auf ein Schuljahr, würden in der Anlage zur BKSA Vorlage 40/013/2018 dargestellt. Unter Bezugnahme auf den GPA-Bericht zur OGS-Prüfung erfolge darüber hinaus weiter eine satzungsrechtliche Anpassung hinsichtlich der zu zahlenden Elternbeiträge. Hieraus könnten sich weitere positive Effekte auf die Personalkosten Ist-Situation ergeben.

Stv. Schwierzke fragt nach der Überstundensituation in der Verwaltung.

StOVR Titzer erläutert, dass nach der gültigen Dienstvereinbarung jeder Mitarbeiter unterjährig Plus- und Minusstunden nach Bedarf machen kann. Jeweils zum 31.08. eines Jahres werden dann nur Überstunden in Höhe der wöchentlichen Arbeitszeit anerkannt, darüber hinaus gehende Überstunden werden entweder gekappt oder der Termin in begründeten Einzelfällen, wie beispielsweise bei der Feuerwehr, jeweils auf den 31.12. verschoben.

Stv. Lukat ergänzt die Bitte von Stv. Wetterau bzgl. der Stellenentwicklung dahingehend, dass sie diese anhand von Organisationsuntersuchungen dargestellt haben möchte.

StOVR Titzer erläutert, dass die Organisationsuntersuchungen nicht berücksichtigt werden können. Erläuterungen zu Stellenveränderungen können dezidiert der Anlage 4 der jeweiligen Stellenplanvorlage entnommen werden. Er weist darauf hin, dass bei der Aufstellung des Stellenplans alle Stellen hinsichtlich der KW/KU-Vermerke, der Eingruppierung/Besoldung sowie des Stellenanteils kritisch betrachtet und ggf. auch organisatorisch überprüft werden.

Beschluss:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Personalkostenentwicklung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3./ Sachstand zur Einführung der digitalen Ratsarbeit
(mündlicher Bericht der Verwaltung)**

Protokoll:

StOVR Titzer erläutert, dass es bereits ein Informationsschreiben vom 15.03.2018 an die Ratsmitglieder gebe. 32 von 38 Ratsmitgliedern möchten die papierlose Ratsarbeit, die verbleibenden sechs können sich jederzeit anschließen. Die Einführung der papierlosen Ratsarbeit sei mit dem Sitzungszyklus ab September 2018 vorgesehen, damit die Hardwareausstattung und die Anwendung der Mandatos App für die Haushaltsberatungen ab November 2018 vertraut sein dürften. Unmittelbar nach den Sommerferien finden zwei Schulungen statt, damit die Gruppen nicht größer als 20 Personen seien. Die Termine würden derzeit noch abgestimmt und mitgeteilt. Der Support für die bereit gestellte dienstliche Hard- und Software werde von der IT-Abteilung der Verwaltung wahrgenommen.

**4./ Antrag der FDP-Fraktion vom 13.05.2018
"Digitalisierung der Verwaltungsarbeit"**

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** erteilt Stv. Zipper das Wort.

Stv. Zipper erläutert den Antrag der FDP. Er stellt fest, dass die Arbeit immer mehr werde und sich zukünftig auch nicht mehr durch mehr Personal kompensieren ließe. Die Digitalisierung biete hier die Chance zur Entlastung.

Stv. Drennhaus fragt nach dem hiesigen Stand der Digitalisierung.

StOVR Titzer berichtet vom IT-Kongress in 2017 zu dem der Kreis Mettmann die kreisangehörigen Städte eingeladen hatte. An diesem Kongress nahmen die Bürgermeisterin, der Leiter der IT-Abteilung und er teil. Dem Kreis Mettmann wurde während des Kongresses mitgeteilt, dass die Stadt Haan gerne mit dem Kreis im Rahmen der IT-Sicherheit und des E- Gouvernements kooperieren möchte. Zudem gibt es auf Kreisebene einen regelmäßigen Austausch der IT-Führungskräfte. Des Weiteren sei die Stadt Haan seit 2017 Mitglied bei d-NRW AöR.

StOVR Titzer teilt mit, dass sich die Verwaltung intensiv über das Thema „digitale Modellkommune“ und der Stadt Wuppertal als eine von fünf Kommunen informiert habe. Dabei wurde insbesondere geprüft, wie eine zumindest informelle Einbindung der Stadt Haan in die Aktivitäten der Stadt Wuppertal als digitale Modellkommune NRW sicherstelle. Man dürfe jedoch nicht verkennen, dass die Stadt Wuppertal als Modellkommune mit mehr als 300.000 Einwohnern eher ein gutes Testfeld für ein digitales Großstadtprojekt sei und Aufgaben wahrnehme, die eine mittlere kreisangehörige Stadt wie Haan nicht wahrnehme (z.B. Straßenverkehrsamt, Schulaufsicht, Veterinäramt). Die Stadt Wuppertal beziehe mit ihrem Forschungspotential unter anderem die Bergische Universität ein und möchte mit den Städten Solingen und Remscheid ihre Vorhaben umsetzen.

Stv. Lukat fragt, ob überhaupt ein Beschluss gefasst werden müsse oder ob die Absichtserklärung der Verwaltung nicht reiche.

Stv. Stracke sieht auch die Diskrepanz zwischen Kreis und Stadt und weist anschließend darauf hin, dass der Ausschuss schon mitten in der sachlichen Diskussion sei, obwohl erst entschieden werden müsse, ob der Antrag überhaupt angenommen werde.

Vorsitzender Stv. Ruppert sieht die Notwendigkeit, dass sich die Stadt Haan woanders Kenntnisse beschaffen müsse.

Stv. Sack hat StOVR Titzer so verstanden, dass die Verwaltung als deren ureigenste Aufgabe bereits im Digitalisierungsprozess sei.

StOVR Titzer erläutert, dass es bei der Stadt Haan technische Grenzen gebe. Wuppertal habe beispielsweise einen digitalen Aktenplan, wofür ein digitales Dokumentenmanagementsystem (DMS) erforderlich sei. In Haan werde erst in diesem Jahr die Serverlandschaft erneuert. Mit dieser neuen Serverlandschaft bestehe erst die Möglichkeit ein DMS in der Stadtverwaltung Haan einzuführen. Die Stadt Wuppertal könne als digitale Modellkommune nicht warten, bis die Stadt Haan den Stand der Technik erreicht hat, um eine Einbindung der Stadt Haan zu ermöglichen.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke weist darauf hin, dass für 2019 Mittel für das DMS eingestellt würden.

Vorsitzender Stv. Ruppert schlägt vor, dass die Verwaltung im nächsten UAOPC einen Sachstandsbericht zum Stand der Digitalisierung der Stadt Haan abgibt.

17.55 Uhr Sitzungsunterbrechung – die FDP zieht sich zur Beratung zurück, ob sie den Antrag zurückzieht oder nicht.

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** teilt als Beratungsergebnis mit, dass über die Aufnahme des Antrags abgestimmt werden solle.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Wuppertal eine Vereinbarung zu schließen, die eine zumindest informelle Einbindung der Stadt Haan in die Aktivitäten der Stadt Wuppertal als digitale Modellkommune NRW sicherstellt. Eine Einbindung der Stadt Haan in gemeinsame Projekte zur Digitalisierung der Verwaltungsarbeit wird angestrebt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
1 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

- 5./ Offene Ganztagschule an der Don-Bosco-Schule**
a) Kooperationsvereinbarung
b) Nachtrag Stellenplan 2018/Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle für die OGS Don-Bosco
Vorlage: 40/013/2018
-

Protokoll:

1. Bgo Formella erläutert die Vorlage ausführlich.

Stv. Schwierzke hat ein Problem mit dem § 5 des Kooperationsvertrags, weil hier die Verpflegung nicht konkret beschrieben sei. So könne er der Vorlage nicht zustimmen.

1. Bgo. Formella erläutert, dass dieses Thema bereits im BKSA ausführlich diskutiert worden sei. Sie sei sicher, dass die Schulleiterin Frau Buchardt dafür sorgen wird, dass die Verpflegung so breit gefächert sei, dass es für alle Kinder etwas Passendes zu Essen gebe.

Stv. Lukat meint, dass man der Schule nicht vorschreiben könne, was für ein Essen angeboten werden solle.

Vorsitzender Stv. Ruppert stellt zu Punkt 1 der Vorlage fest, dass beim Personal die Verteilung der Stunden nicht gleichmäßig sei.

1. Bgo. Formella erläutert, dass das Personal so übernommen werden müsste, wie es vorhanden war. Im späteren Personalentwicklungsprozess könne die Stundenverteilung dann von hier gesteuert werden. Jetzt müsse man erstmal sehen, dass der Betrieb ans laufen komme. Danach gebe es auch eine Gesamtschau aller Träger.

Stv. Sack weist darauf hin, dass es zur Einrichtung einer OGS keine Vorgaben gebe. Dies sei auch Thema im Qualitätszirkel. Erzieher und Ergänzungskräfte seien der Mindeststandard, in anderen OGS'en gebe es auch Sozialpädagogen.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der städtischen Trägerschaft an der Offenen Ganztagschule (OGS) der Katholischen Grundschule Don-Bosco eine Kooperationsvereinbarung entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage abzuschließen.
- 2) Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Teilzeitstelle 29 Std. EG S4 ab 01.08.2018 in Amt 40 – OGS Don-Bosco zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
10 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

6./ Dringlichkeitsentscheidung Einrichtung einer zweiten städt. Kita an der Bachstraße mit zwei Gruppen, Nachtrag zum Stellenplan 2018

Protokoll:

Bürgermeisterin Dr. Warnecke erläutert, dass die Zuständigkeit für die Dringlichkeitsentscheidung beim Rat liege und hier nur der Information diene.

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Vorsitzender Stv. Ruppert fragt, ob die Sanierung/Renovierung der Kita Bachstraße wirtschaftlich sei.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit nach dem Ratsbeschluss nicht mehr gestellt habe. Die Prüfung habe jedoch ergeben, dass der Renovierungsbedarf nicht so hoch sei, wie befürchtet.

Stv. Lukat fragt nach der Kita Bollenberg und der geplanten Wander- und Erlebnisgruppe.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass der Betrieb einen Unterstand erfordere, der einem vereinfachten Genehmigungsverfahren unterliege. Er gehe davon aus, dass dieser Unterstand bald stehe und in Betrieb genommen werden könne.

Weiterhin liegen keine Anfragen vor.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.